



Niederschrift

67. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

| | |
|------------------------|----------------------|
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 14.03.2012 |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:10 Uhr |
| Ort, Raum: | R. 280 a, Stadthaus |

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|---|----------------------|--------------|
| Frau Dr. Sigrid Müller | DIE LINKE | |
| Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Karin Schröter | DIE LINKE | |
| Frau Hannelore Knoblich | SPD | |
| Herr Mike Schubert | SPD | |
| Herr Dr. Hagen Wegewitz | SPD | |
| Herr Klaus Rietz | CDU/ANW | |
| Herr Michael Schröder | CDU/ANW | |
| Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken | FDP | |
| Frau Ute Bankwitz | BürgerBündnis | ab 17:06 Uhr |
| Herr Arndt Sändig | Die Andere | ab 17:10 Uhr |
| Herr Peter Schultheiß | Potsdamer Demokraten | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|---------------------|-----------------------|-------------------|
| Herr Peter Kaminski | DIE LINKE | ab 17:10 Uhr |
| Herr Pete Heuer | SPD | ab 17:15 Uhr |
| Frau Saskia Hüneke | Bündnis 90/Die Grünen | bis ca. 19:00 Uhr |

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

| | | |
|------------------|--|--------------|
| Herr Jann Jakobs | | entschuldigt |
|------------------|--|--------------|

Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------|-----------------------|--------------|
| Frau Birgit Müller | DIE LINKE | entschuldigt |
| Herr Claus Wartenberg | SPD | entschuldigt |
| Herr Peter Schüler | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |

Gäste:

| | |
|--|---|
| Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service | Vertreter der verschiedenen Bürgerinitiativen Bad |
| Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport | Herr Kärsten, Archiv e. V. |
| Frau Latacz-Blume, f. d. GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und, Umweltschutz | Herr Jäkel, f. d. Ortsteil Eiche |
| Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen | Herr Richter, KIS |
| Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters | Herr Dahlmann, Beteiligungsmanagement |
| Schriftführerin: Frau Ziegenbein | Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum |
| Grundstücksmanagem. | Frau Krusemark, SB Recht und |
| weitere Gäste: siehe Gästeliste | |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29. Februar 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
 - 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
 - 3.3 Schwimmbad
 - 3.3.1 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0942
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
 - 3.3.2 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad
Vorlage: 11/SVV/0914
Fraktion DIE LINKE
Ea DIE LINKE vom 06.12.2011
 - 3.3.3 Verständigung über die Durchführung einer Bürgerbefragung
 - 3.3.4 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3.5 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.3.6 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP

- 3.3.7 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis
- 3.3.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0816
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 4 Umgang mit dem Tagesordnungspunkt "Sonstiges"
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante für eine Vergabestelle
aus HA 04.01.2012 - MV mit Vorzugsvariante
- 5.1.1 Einrichtung einer zentralen Vergabestelle
Vorlage: 12/SVV/0091
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 5.2 Schlussbericht der Transparenzkommission - "To-do-Liste"
Vorlage: 12/SVV/0056
Geschäftsstelle Transparenzkommission (RPA)
- 5.3 Information zum aktuellen Sachstand bezüglich des Theaterschiffs und der
Biosphäre
aus HA 04.01. - TOP 4.6 - Beschlusskontrolle - HA 08.02.1012 verschoben
- 5.4 Städtepartnerschaftsbericht 2011 gemäß Richtlinie Städtepartnerschaften DS
02/SVV/0079
Vorlage: 12/SVV/0067
Oberbürgermeister, Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Marketing
- 5.5 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung
für Tiere
Vorlage: 12/SVV/0177
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Schröder eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. Februar 2012

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- den Tagesordnungspunkt 3.2 **zurückzustellen**, da die hierzu angekündigten Gespräche zwischen der Pro Potsdam und den Wohnprojekten erst in den nächsten Tagen erfolgen werden,
- die Tagesordnungspunkte 3.3.4 - 3.3.8 zum Schwimmbad, **zurückzustellen**, da erst die Entscheidung über den Standort gefällt werden muss,
- zum Tagesordnungspunkt 5.3, die Berichterstattung zum Theaterschiff **zurückzustellen**, da hierzu noch Klärungsbedarf besteht.

Im Weiteren liegen Anträge auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 3.1, DS 11/SVV/0825, Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten, von Herrn Kay Kärsten vor sowie zum Tagesordnungspunkt 3.3, Schwimmbad, von mehreren Initiativen und Bürgern. Gegen die Anträge und den Vorschlag von Herrn Schröder die Redezeit auf 3 Minuten zu begrenzen, erhebt sich kein Widerspruch; ebenso nicht gegen die so geänderte Tagesordnung und die Niederschrift des öffentlichen Teils der 66. Sitzung des Hauptausschusses vom 29. Februar 2012.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
Herr Kärsten verzichtet auf sein Rederecht.

Herr Schubert merkt eingangs an, dass die in der letzten Hauptausschusssitzung zugesagte Auflistung der nicht im Bericht der Stadtkontor GmbH erfassten Maßnahmen sowie die Zeitschiene in der mit der Niederschrift ausgereichten Anlage fehle. Damit fehle die Entscheidungsgrundlage für die heutige Sitzung, denn die allgemeine Erklärung, dass das Archiv gewollt ist, sei bereits getroffen.

Ein neuer Beschluss könne nur auf der Grundlage konkreter Informationen gefasst werden.

Trotz der fehlenden Zuarbeiten, so Herr Dr. Scharfenberg, könne eine Entscheidung mit der Maßgabe getroffen werden, dass die Maßnahmen zeitlich gestreckt und Fördermittel eingeworben werden. Außerdem sollen die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt am 04. April 2012 mit dem Haushalt beschlossen werden, so dass maximal in der nächsten Hauptausschusssitzung mit den konkretisierten Informationen entschieden werden müsse.

Herr Exner verweist auf den Auftrag der Stadtkontor GmbH, der in der baufachlichen Prüfung der EW-Bau und einer Kostenschätzung bestanden habe. Welche Qualität mehr Informationen haben können, müsse bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses geprüft werden. Diesbezügliche Förderprogramme für die Stadt werde man wohl kaum finden, sondern eher auf zinsgünstige Kredite im Rahmen der KfW-Programme zurückgreifen müssen. Antragsteller sei hier aber der Verein selbst und die Frage sei, ob damit die Lücke geschlossen werden könne. Im Haushalt der Stadt bestehe das bekannte und schon mehrfach angesprochene Defizit im Investitionsprogramm. Wollte man hieraus Geld nehmen, müssten andere Maßnahmen verschoben oder gestrichen werden. Nach Rücksprache mit dem Geschäftsbereich von Frau Dr. Magdowski seien aber keine dafür in Frage kommenden Maßnahmen gefunden worden. Bezüglich des vorliegenden Beschlusstextes schlage er vor, den ersten Satz zu belassen, den 2. Satz zu streichen und den dritten Satz genauer zu prüfen und möglicherweise umzuwidmen.

Frau Bankwitz meint, dass jetzt in der Diskussion einen Schritt zurückgegangen werde, denn in der letzten Sitzung habe der Hauptausschuss einen konkreten Auftrag erteilt und sie ein konkretes Förderprogramm vorgeschlagen. Sie schließe sich dem Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg an, den Antrag heute zu beschließen, da sie sonst eine Wiederholung der Diskussion in der nächsten Sitzung befürchte.

Herr Schultheiß verweist seinerseits darauf, dass dies eine Frage des Geldes sei und entweder die Stadt oder der Verein dies zahlen müsse. Er halte es für unverantwortlich, so viel Geld für eine kleine Gruppe von Menschen auszugeben, das an anderer Stelle, wie z. B. beim Haus der Wissenschaft, fehle.

Frau Dr. Müller betont, dass sie froh über die Diskussion auf Grundlage der gefassten Beschlüsse sei. Sie fordert die Verwaltung auf, aktiv an der Umsetzung der Beschlüsse mitzuwirken; Defizite aufzuzeigen reiche allein nicht aus. Zur Nutzung von Förderprogrammen fehlen entscheidende Informationen und die Prüfung der entsprechenden Voraussetzungen, um das wirksam werden zu lassen. Sie habe den Verdacht, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht umgesetzt werden wolle, weil eben nicht nach kreativen Lösungen gesucht und um Lösungen gerungen werde. Als Beispiel nennt Frau Dr. Müller den Verkauf des „Ribbeckeck“.

Herr Exner entgegnet, dass die von ihm benannte Form des Investitionskredites nur sozialen Organisationen zugänglich ist und man sehe müsse, wie die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme geschaffen werden können. Die Stadt könne selbst für freiwillige Aufgaben keine Kredite aufnehmen, denn das sei genehmigungspflichtig. Auf Grund der Haushaltssituation werde diese Genehmigung nicht zu bekommen sein. Außerdem fördere die Stadt schon mit einer konkreten Summe und wolle den Weg für eine Kreditaufnahme ebnen. Damit seien die Aussagen wesentlich konkreter als noch vor zwei Wochen.

Bezug nehmend auf den Vorschlag von Herrn Exner, den Antrag zu ändern, betont Herr Dr. Scharfenberg, dass er das für schwierig halte, denn dann sei dieser nicht mehr „wiederzuerkennen“. Er halte auch den zweiten Satz für unstrittig, ebenso den dritten. Die Ausführungen von Herrn Exner sollten als Maßstab für die Umsetzung gelten und der Beschluss gefasst werden.

Herr Schubert spricht sich für die Möglichkeit aus, den Antrag zu ändern und schlägt eine erneute Diskussion nach Beratung im Ausschuss für Finanzen am 21.03.12 im Hauptausschuss am 28.03.2012 vor.

Nachdem Herr Schröder auf die auslaufende Betriebserlaubnis hingewiesen hat, führt Herr Klipp aus, dass die mehrfache Verlängerung am 31. März auslaufe. Wenn bis dahin die Mittel für die Brandschutzsanierung nicht gesichert seien, werde es seitens der Bauaufsicht auch keine weitere Verlängerung geben.

Herr Schubert stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 21. März einen schriftlichen Bericht zu den offenen Fragen vorzulegen und in der Hauptausschusssitzung am 28.03.2012 abschließend darüber zu befinden. Dieser Geschäftsordnungsantrag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 28. März 2012

zu 3.3 Schwimmbad

Eingangs verzichten mehrere Antragsteller auf das ihnen gewährte Rederecht. Herr Ehrl nimmt in seinem Redebeitrag zur Standortfrage und zum Fragebogen Stellung; Herr Jäkel zum zweistufigen Verfahren und zu den vorgeschlagenen Varianten.

zu 3.3.1 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0942

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.3.2 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad

Vorlage: 11/SVV/0914

Fraktion DIE LINKE

Ea DIE LINKE vom 06.12.2011

zurückgezogen

zu 3.3.3 Verständigung über die Durchführung einer Bürgerbefragung

Herr Dr. Pokorny erläutert an Hand visueller Darstellung die Herangehensweise bei der Erarbeitung des Fragebogens in der Verwaltung und die Grundsätze einer Befragung. Im Weiteren stellt er den Fragebogen vor und dessen Auswertung. Er verweist darauf, dass die statistische Auswertung zu einem höheren Informationsgehalt führe (z.B. Altersgruppen, Stadtteile) und stellt den Vergleich zum Fragebogen der PNN und der Bürgerinitiative her). Dem Fragebogen beigefügt werde die Beschreibung der einzelnen Varianten, um eine Entscheidung zu erleichtern.

In der sich anschließenden kontrovers geführten Diskussion werden Meinungen zu den einzelnen Varianten, den zur Befragung möglichen Varianten und zur Auswertung bzw. Bewertung der Befragungsergebnisse ausgetauscht.

Herr Schubert betont, dass sich das Workshopverfahren gelohnt habe, da es zur Klärung beitrug. Er plädiert dafür, dass das Ergebnis der Befragung möglichst eindeutig sein müsse, so dass nicht jeder eine eigene Interpretation finden könne. Insofern müsse klar sein, was von den Bürgern gewollt wird und die Bürgerbefragung als Entscheidungshilfe für die Stadtverordnetenversammlung durchgeführt werde.

Er betont im Weiteren, dass der derzeitige Zuschussbedarf 1,5 Mio. betrage und die Variante, an zwei Standorten einen Neubau zu errichten, rund 2,5 Mio. € Mehrkosten zur Folge habe. Deshalb sollte die Frage, ob das überhaupt finanzierbar ist, im Vorfeld ehrlich beantwortet werden und nicht erst nach einer Entscheidung zu sagen, das geht nicht. Er spricht sich dafür aus, den Erhalt der Halle am Brauhausberg als Votierungsvariante zu ermöglichen, so dass letztlich drei Varianten – eine Sanierungs- und zwei Neubauvarianten übrig bleiben.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert für eine gleichwertige „Behandlung“ des Neubaus am Standort Brauhausberg und des Neubaus am Standort Volkspark, was auch kenntlich gemacht werden sollte, denn seiner Meinung nach ziele die Befragung auf eine Standortentscheidung. Eine Besonderheit sei der Standort Brauhausberg mit der Sanierung der alten Halle und einem Ergänzungsbau.

Herr von der Osten-Sacken merkt an, dass es wahrscheinlich eine Diskussion um die statistische Bewertung der Ergebnisse geben werde. Deshalb sei die Bürgerbefragung so zu verkürzen, dass das möglichst ausgeschlossen bleibe. Das könne mit nur zwei Varianten auf dem Stimmzettel gelingen. Wenn das allerdings keine breite Mehrheit finde, dann sollte so, wie im Werkstattverfahren zugesagt, verfahren und überlegt werden, ob auch die Frage aufzunehmen sei, wer kein neues Bad möchte.

Herr Dr. Scharfenberg sieht keine Notwendigkeit, eine „Nein-Frage“ mit aufzunehmen, weil alle Wahlberechtigten die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen. Er fordert, im Vorfeld eine Einigung bezüglich der Bewertung der Ergebnisse zu erzielen.

Herr Exner betont in seinen Ausführungen, dass die jetzt vorliegenden Varianten völlig andere seien als vor drei Monaten – insofern habe sich die Diskussion weiterentwickelt.

Er spricht sich dafür aus, nicht vorzugeben, was für den Einzelnen wichtiger ist, sondern möglichst viel aus der Befragung „herauszukriegen“ und sie trotzdem so einfach wie möglich zu gestalten.

Man könne sich aber auch die Frage stellen, ob noch eine weitere Filterung

notwendig ist. Auch er stehe einer Streichung der Variante C positiv gegenüber, weil hier der Zuschussbedarf bei 4 Mio. € liege; aber auch Variante D stehe als unwirtschaftlichste Variante zur Disposition.

Darüber hinaus sei mit der Befragung eigentlich auch zu klären, wie das Vorhaben finanziert werden soll. Zum weiteren Verfahren schlägt er vor, bis zur Hauptausschusssitzung am 28.03. zu klären, wie viele Varianten zur Abstimmung gestellt werden, ob weitere Variante aufgenommen werden und welchen Informationsgehalt die Fragen haben sollen. Ziel müsse eine Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. April sein, um den Zeitplan einzuhalten.

Herr Schubert spricht sich ebenfalls für die Streichung der Variante C aus und dafür zu überlegen, ob die Variante D drin bleiben solle. Auch er meine, diese müsse schon aus rein fiskalischen Gründen gestrichen werden.

Frau Hüneke betont, dass durch die starke Reduktion der Varianten Aspekte und Untervarianten offen stehen bleiben, wie z. B. der Erhalt des Gebäudes des Brauhausberg-Schwimmbades (bei einem Neubau) egal, mit welcher Nutzung.

Es würden nicht alle Gedanken des Workshops aufgegriffen und in der Befragung widergespiegelt. Trotzdem neige auch sie zu drei Varianten, was aber bei den „Grünen“ erst morgen besprochen werde.

Frau Bankwitz spricht sich ebenfalls für die Streichung der Variante C aus und dafür, dass es klar und eindeutig sein müsse, wie die Auswertung erfolgen solle.

Herr Klipp meint, jede Variante habe ihre Qualitäten und jede Variante sei eine eigenständige, die man nicht okkupieren könne. Deshalb empfehle er auch zu prüfen, was man für die Investition in die einzelne Variante bekomme.

Frau Dr. Magdowski äußert auf Nachfrage, dass die Sportvereine nur in einem Neubau ihre Ansprüche erfüllt sehen.

Herr Rietz spricht sich dafür aus, mit 4 Varianten in die Befragung zu gehen, denn alles andere sei nicht ehrlich. Dem schließt sich Herr Sändig an und spricht sich gegen die Auffassung von Herrn Klipp aus. Auch er meine, es gehe in erster Linie um die Entscheidung der Standortfrage.

Herr Schultheiß wiederum schließt sich dem Vorschlag von Herrn Schubert an, die Variante C zu streichen. Man könne sich die Arbeit noch mehr erleichtern, wenn auch die Variante D gestrichen werde.

Herr von der Osten-Sacken betont, dass man um eine Bewertung des Abstimmungsverhaltens nicht umhin komme, was bei 2 Varianten klar geregelt sei. Er halte das auch nicht für verlogen, sondern für politische Verantwortung, die übernommen werden kann und muss.

Herr Dr. Scharfenberg freut sich über die sachliche Diskussion und die damit gegebene Möglichkeit, sich in den Fraktionen zu verständigen, was am kommenden Montag erfolgen könnte. Die Ergebnisse sollten bis Mittwoch an Herrn Dr. Pokorny weitergegeben werden, so dass in der nächsten Hauptausschusssitzung ein abgestimmter Vorschlag vorliege.

Konsens scheine die Streichung der Variante C zu sein und die Klärung der Frage, was mit den restlichen dreien passiere.

Im Weiteren werbe er für eine Verabredung und Kenntlichmachung auf dem Fragebogen, dass die Befragung auch eine Standortentscheidung ist und die Entscheidung Brauhausberg zusammengezogen werden kann.

Herr Schröder betont, dass die Ergebnisse der Statistik eine Akzeptanz finden müssen und spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg aus, die Ergebnisse bezüglich des Brauhausberges zusammenzurechnen, denn das sei eine Ungleichbehandlung.

Auch Herr Schubert betont, dass eine prozentuale Kumulierung nicht akzeptiert werden könne, denn es werde eben nicht nur der Standort gewählt, sondern da werde auch etwas gebaut. Er schlägt vor, die Streichung der Variante C zur Abstimmung zu stellen und sich darauf festzulegen, für die restlichen Varianten ein gleichberechtigtes Verfahren zu wählen und auf dieser Basis in den Fraktionen zu beraten, ob es 2 oder 3 Varianten geben solle.

Frau Bankwitz betont, dass man vorher wissen müsse, ob die Sanierung am Brauhausberg realistisch umsetzbar sei, denn das erst nach der Befragung zu tun, sei mehr als ungünstig. Herr Klipp verweist darauf, dass es signifikante Unterschiede gebe zwischen den Varianten, wie z. B. die 18-monatige Unterbrechung des Badbetriebes.

Anschließend wird die **Streichung der Variante C** zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

Ebenso zur Abstimmung gestellt wird ein **gleichberechtigtes Verfahren** für die restlichen Varianten, was mit 9 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen **angenommen wird**.

zu 3.3.4 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – bis zur Entscheidung über den Standort

zu 3.3.5 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – bis zur Entscheidung über den Standort

zu 3.3.6 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

zurückgestellt – bis zur Entscheidung über den Standort

zu 3.3.7 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

zurückgestellt – bis zur Entscheidung über den Standort

zu 3.3.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0816

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

zurückgestellt – bis zur Entscheidung über den Standort

zu 4 Umgang mit dem Tagesordnungspunkt "Sonstiges"

Herr Schubert begründet das Anliegen mit dem Verweis darauf, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung bestehen bleiben solle, die darunter zu behandelnden Themen aber vorher anzumelden seien, um sich darauf vorbereiten zu können. Schließlich handele es sich nicht um eine erweiterte Fragestunde an den Oberbürgermeister und es müsse das Prinzip der Öffentlichkeit gewahrt bleiben. Daran anschließend verweist Herr Exner auf die kommunalrechtlichen Ausführungen zum Öffentlichkeitsprinzip und darauf, dass die Tagesordnung einen Grad der Bestimmtheit haben müsse, damit für die Stadtverordneten und auch für die interessierte Öffentlichkeit klar ersichtlich sei, über was verhandelt werden soll.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dann auch die Verwaltungsmittelungen dazu gehören müssen und es keine Tischvorlagen mehr geben dürfe. Eine derartige Diskussion habe er noch nicht erlebt und auch im Landtag sei es möglich, „Aktuelles“ zu behandeln und flexibel auf derartige Punkte zu reagieren. Schließlich diene der Punkt auch dazu, „Dinge unproblematisch abzuräumen“. Er stimme dem Anliegen zu, dass die Verwaltung die Möglichkeit haben solle, sich darauf vorzubereiten; im Einzelfall müsse eine Nennung der Punkte auch zu Beginn der Sitzung möglich sein.

Herr Heuer merkt dazu an, dass eben nicht nur ganz dringliche Themen angesprochen, sondern „Steckenpferde geritten“ werden. Frau Dr. Müller fordert, dass genau zu regeln sei, wer, wo und was dann anzumelden hat. Frau Dr. Schröter schließt sich dem an und meint, man müsse die Ausschusssitzungen praktikabel halten. Dinge, für die die Verwaltung eine Vorbereitung brauche, sollten bis Freitag angemeldet werden und die „allgemeinen Dinge“ bis Dienstag früh.

Frau Hüneke spricht sich ebenfalls für eine „Vorankündigung“ generell bis Freitag vor der Sitzung und für ganz aktuelle Themen bis zu Beginn der Sitzung aus. Frau Bankwitz favorisiert eine Variante, die das nicht zu sehr formalisiere.

Unter Verweis auf die in der Hauptsatzung geregelte 3-Tage-Frist der Veröffentlichung der Tagesordnung schlägt Herr Schubert als Frist Montagmittag vor.

Das, so Frau Dr. Schröter, sei zu formalistisch und umständlich – außerdem müsse das auch für den Oberbürgermeister gelten, wie z. B. bei Eintragungen in das Goldene Buch der Stadt.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen und wenn eine Frage durch die Verwaltung nicht beantwortet werden könne, dann solle es in der nächsten Sitzung nachgeliefert werden. Die Anliegen vorher anzuzeigen sei sicher sinnvoll, diese inhaltlich gefüllt zu veröffentlichen, aber nicht. Mit entsprechenden Fristen würde sich der Hauptausschuss selbst knebeln.

Herr Schubert stellt anschließend fest, dass es hierzu keiner Abstimmung bedarf, sondern hinter dem Tagesordnungspunkt die Aufforderung an den Oberbürgermeister stehe, die Hauptsatzung konsequent umzusetzen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante für eine Vergabestelle
aus HA 04.01.2012 - MV mit Vorzugsvariante**

zu 5.1.1 Einrichtung einer zentralen Vergabestelle

Vorlage: 12/SVV/0091

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Herr Weise erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist die Nachfrage von Frau Bankwitz, ab wann eine Vergabe erfolgen müsse, darauf, dass sich das je nach Leistung bestimme und nach den Vergabestandards.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Schlussbericht der Transparenzkommission - "To-do-Liste"

Vorlage: 12/SVV/0056

Geschäftsstelle Transparenzkommission (RPA)

Redebedarf besteht hierzu nicht. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Information zum aktuellen Sachstand bezüglich des Theaterschiffs und der
Biosphäre**

aus HA 04.01. - TOP 4.6 - Beschlusskontrolle - HA 08.02.1012 verschoben

Herr Weise verweist eingangs auf die entstandenen Irritationen, die Biosphäre benötige einen Zuschussbedarf von über 5 Mio. Euro. Tatsächlich seien es 1,1, Mio. Zum Verfahren führt er aus, dass Angebote vorliegen und dazu einige Fragen zu klären gewesen seien und noch sind, wie z. B. zum Förderrecht und zu planungsrechtlichen Fragen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Voraussetzungen aus dem Jahr 2008 noch gelten, den Zuschussbedarf auf 0 zu reduzieren und das noch in diesem Jahr geschafft werde, antwortet Herr Weise, dass dies angestrebt werde. Das gelte auch für das Verfahren, was im Ergebnis ein günstigeres Modell ergeben müsse als bisher – ansonsten gebe es keinen Zuschlag.

**zu 5.4 Städtepartnerschaftsbericht 2011 gemäß Richtlinie Städtepartnerschaften
DS 02/SVV/0079**

Vorlage: 12/SVV/0067

Oberbürgermeister, Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Marketing

Nachdem Frau Dr. Sommer die Nachfragen von Herrn Sändig beantwortet hat, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 5.5 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine
Betreuungseinrichtung für Tiere**

Vorlage: 12/SVV/0177

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Inhalte der Mitteilungsvorlage, so Herr Dr. Scharfenberg, sollten mit dem sich im Geschäftsgang befindenden Antrag der Fraktion DIE LINKE beraten werden. Anschließend beantworten Herr Goetzmann und Frau Latacz-Blume die Nachfrage von Herrn Schultheiß zum Grundstückswert des Geländes. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Herr Schröder verweist auf die allen Fraktionen zugesandte Einladung des Ministeriums der Innern bezüglich der Anhörung zur Straßenreinigungssatzung / Straßenreinigungsgebührensatzung und die Möglichkeit, 5 Stadtverordnete zu diesem Termin zu entsenden. Nachdem die Fraktionen FDP, Die Andere und Potsdamer Demokraten auf eine Teilnahme verzichteten, entsenden die Fraktion DIE LINKE - noch nicht benannt, die SPD - Herrn Heuer, die CDU/ANW - Herrn Rietz und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Herrn Schüler als Vorsitzenden der StVV und gleichzeitig als Fraktionsvertreter.